

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(39. - öffentliche - Sitzung am 7. August 2024)

Tagesordnung:

1. **Niedersachsen zusammen gegen das Hochwasser - die Folgen der Fluten bewältigen, Konsequenzen für die Zukunft ziehen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3373](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er kommt überein, vor einer abschließenden Behandlung des Antrages zunächst die im federführenden Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz für den 19. August 2024 vorgesehene Anhörung abzuwarten.

2. **Entbürokratisierung der Landwirtschaft: Regelungen vereinfachen, praxisnäher ausgestalten und technisch besser unterstützen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3984](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Er kommt überein, am 11. September 2024 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Er bittet darum, der Landtagsverwaltung bis zum 9. August 2024 den Kreis der Anzuhörenden mitzuteilen.

Seitens der Fraktion der CDU werden als Anzuhörende die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und das Landvolk Niedersachsen benannt.

Von den Ausschussmitgliedern der Koalitionsfraktionen der SPD und der Grünen wird ein eigener Antrag zu der in dem Antrag der CDU-Fraktion aufgegriffenen Thematik angekündigt.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu „Gänsefraßschäden“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen. Eine Aussprache ergibt sich nicht.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum „Antibiotika-Einsatz in der Nutztierhaltung“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

5. **EU-Entwaldungsverordnung: Die Kohärenz der Regelungen und Politiken sicherstellen, die Umsetzung erleichtern und ein „Bürokratiemonster“ vermeiden**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4565](#)

Der Ausschuss nimmt die Einbringung durch ein Mitglied der CDU-Fraktion entgegen und bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine schriftliche Unterrichtung.

6. **Torfminderungsziele mit Augenmaß umsetzen: Klimaschutz, Rohstoffverfügbarkeit und Ernährungssicherheit im Blick behalten!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4567](#)

Der Ausschuss nimmt die Einbringung durch ein Mitglied der CDU-Fraktion entgegen. Er bittet die Landesregierung einvernehmlich für seine Sitzung am 23. Oktober 2024 um eine mündliche Unterrichtung.

7. Für ein nachvollziehbares Düngerecht und eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Niedersachsen: Das Verursacherprinzip schnellstmöglich umsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4568](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung einvernehmlich für seine Sitzung am 23. Oktober 2024 um eine mündliche Unterrichtung.

8. Wirtschaftsdünger und Reststoffe sinnvoll energetisch verwerten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4581](#)

Der Ausschuss nimmt die Einbringung durch ein Mitglied der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen entgegen.

Er kommt einvernehmlich überein, die Beratung des Antrages der Koalitionsfraktionen und die Behandlung des Antrages der Fraktion der CDU „Heimische Energieerzeugung stärken und Klima schützen: Die Nutzung von Wirtschaftsdüngern in Biogasanlagen attraktiver machen“ in der Drucksache 19/1232 zusammenzufassen.

Außerdem bittet er die Landesregierung einvernehmlich zu beiden Anträgen für seine Sitzung am 23. Oktober 2024 um eine mündliche Unterrichtung.

9. Unverzüglich praktikable Voraussetzungen für das sogenannte Schnellabschussverfahren bei Wolfsübergriffen schaffen!

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/4609](#)

Das Ausschussmitglied der Fraktion der AfD bittet um Abstimmung über den Antrag seiner Fraktion in der heutigen Sitzung. Der Ausschuss lehnt dies mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen ab.

Er bittet die Landtagspräsidentin, den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz zu überweisen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

10. Gebührenordnung für Tierärzte: Zeitnah evaluieren - Schwächen beseitigen - Akzeptanz sichern

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4980](#)

Der Ausschuss nimmt die Einbringung durch ein Mitglied der CDU-Fraktion entgegen.

Er kommt einvernehmlich überein, die Beratung des Antrages der CDU-Fraktion und die Behandlung des Antrages der Fraktion der AfD „Gebührenordnung für Tierärzte umfassend reformieren und entbürokratisieren“ in der Drucksache 19/3399 zusammenzufassen und den Antrag der Fraktion der CDU mit in die für die Sitzung am 4. September 2024 vorgesehene Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der AfD einzubeziehen.